



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 04.12.2014

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:55 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 15 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Frau Stadträtin Bopp

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Gutermann

Herr Stadtrat Hagel

Herr Stadtrat Heinkele

ab 16:50 Uhr

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Dr. Rahm

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Weber

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Jeggle

entschuldigt:

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Pfender

Verwaltung:

Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Frau Hoch, Schriftführerin
Herr Kopf, Hochbauamt
Herr BM Kuhlmann, Dezernat III
Frau Länge, Ordnungsamt
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Merkle, Baubetriebsamt
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Dr. Riedlbaur, Dezernat IV
Herr Walz, Gebäudemanagement
Frau Werner, Rechnungsprüfungsamt
Herr EBM Wersch, Dezernat II

Gäste:

Herr Fritsche, Biko
Herr Mägerle, Schwäbische Zeitung

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Haushaltsplanentwurf 2015 - Gesamtliste der Haushaltsanträge 2015	247/2014 - 1

Die Mitglieder wurden am 24.11.2014 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 26.11.2014 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 247/2014-1 zur Vorberatung vor. Sie enthält die Gesamtliste der Haushaltsanträge 2015 ohne Stellenplan. Das Ergebnis des Ausschusses ist jeweils in der letzten Zeile vermerkt. Die Ergebnisliste ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

OB Zeidler begrüßt alle Anwesenden und gratuliert BM Kuhlmann zum Geburtstag.

Nr. 23: Alte Stadtbierhalle
- Antrag der SPD -

OB Zeidler hält den Begriff „Pinselsanierung“ für eine eigene Wortschöpfung, die es aber treffe.

StRin Kübler ist wichtig, dass die Stadtbierhalle regelmäßig instand gehalten werde, derzeit sei sie nicht vorzeigemäßig. Die Übernahme der Küche aus Mettenberg stelle eine gute Lösung dar.

StR Kolesch freut sich, dass Konsens über eine reine Sommerhalle bestehe, dies sei bei der Begehung im Herbst noch anders gewesen. Man solle keine neuen Projekte aufmachen. Die Küchenübernahme lobt er als gute Idee der Verwaltung.

StR Funk will wissen, wie viel eine neue Küche kosten würde und wie alt die Mettenberger Küche sei.

Herr Walz teilt mit, der Zustand der Mettenberg-Küche sei sehr gut und könne für ca. 10.000 Euro aus und wieder eingebaut werden. Man habe kein Angebot für eine neue Küche eingeholt.

OB Zeidler hält den Vorschlag für eine pragmatische Lösung.

Auch StRin Bopp ist mit dem jetzigen Vorschlag zufrieden, die gebrauchte Küche sei in Ordnung und stelle in jedem Fall eine bessere Lösung als der jetzige Zustand dar.

Nr. 26: Schrittweise Umstellung des städtischen Fuhrparks auf Elektrofahrzeuge
- Antrag der Grünen -

StR Weber moniert, es gehe um Elektroautos, auf diesem Gebiet solle man zügig voranschreiten.

BM Kuhlmann entgegnet, genau dieses habe man mit der Stellungnahme darstellen wollen.

Damit hat sich der Punkt erledigt.

Nr. 27: Einsparungen im Hochbaubereich

- Antrag der Freien Wähler -

StR Dr. Rahm sieht diesen Punkt in Verbindung mit Nummer 31 (Antrag der SPD), wobei er nur den Hinweis an die Verwaltung geben wolle, vor Erstellung der Vorlage zu berücksichtigen, nicht die Optik in den Vordergrund zu stellen.

StR Kolesch teilt mit, nur deswegen keinen Antrag gestellt zu haben, weil es seitens der Verwaltung die Zusage gebe, dass bei dem Vorlagekonzept eine funktionierende energetische Lösung im Vordergrund stehe. Die Sanierung des WG sei ein sehr dringliches Projekt, bei dem man eine technisch funktionale Lösung benötige und man dem Gemeinderat Themen wie Schweizer Architekten ersparen solle. Er stehe einer Verbindung des Themas mit neuer Optik sehr kritisch gegenüber.

StR Funk wünscht sich eine saubere Darstellung der Kosten.

BM Kuhlmann lässt wissen, auch die Verwaltung strebe eine funktionale Ertüchtigung an, die Vorlage komme.

Nrn. 28 und 32: Antrag auf Streckung der Hochbauprojekte sowie Verschiebung Gemeindehaus Rißegg

- Anträge der FW bzw. SPD -

StR Kolesch bittet um eine baldige Terminierung der Klausurtagung, bei der die Projekte festgelegt bzw. priorisiert würden.

StR Keil ist es wichtig, realistische Termine zu setzen, weil zum Teil noch Daten erhoben werden müssten, zum Beispiel für den Kindergarten Rißegg oder auch die Mali-Halle.

Auf Nachfrage StR Braigs teilt OB Zeidler mit, dass bislang noch kein Projekt verschoben sei, sondern man erst darüber rede, wann und wie die Projekte bearbeitet werden.

Nr. 38: Gigelbergkonzept

- Antrag der SPD -

StR Keil erinnert sich, dieses Thema habe bereits vor 25 Jahren unter BM Kramer auf dem Programm gestanden. Man wolle deshalb mit dem Antrag daran erinnern, wann die Gestaltung in Angriff genommen werde.

StR Kolesch führt an, bereits mehrere Anträge zum Thema Gigelberg gestellt zu haben, wobei die CDU derzeit einsehe, dass eine Bearbeitung nicht leistbar sei.

BM Kuhlmann führt aus, ein Gesamtkonzept Gigelberg sei unter BM Ogertschnig erstellt worden, aus dem nun einzelne Bausteine herausgenommen worden seien, zum Beispiel die Sanierung der Goll'schen Anlagen oder jetzt aktuell die Sanierung der Treppenanlagen. Es sei aber an der Zeit,

das Gesamtkonzept auf den Prüfstand zu stellen, man verfüge derzeit nur nicht über das notwendige Personal.

StR Weber erkundigt sich nach der Parkierung auf dem Gigelberg, worauf auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Thema Parkierung verwiesen wird.

Nr. 40: Möblierung der Innenstadt und Nr. 41: Spielangebote Innenstadt
- Anträge der CDU -

StR Kolesch will ein Konzept vorgelegt bekommen, welches nicht nur die Finanzen, sondern auch die inhaltliche Ausgestaltung umfasse. Er beziehe sich auch auf Ziffer 41 der Liste, weil er bedauere, dass es die Position „Spielangebote Innenstadt“ nicht mehr als Extra-Titel im Haushalt gebe.

BM Kuhlmann entgegnet, dass derzeit konkrete Projekte vorlägen, bei denen das Thema Spielangebote mit einbezogen sei, so zum Beispiel beim Schadenhof, der Gestaltung des Alten Postplatzes, oder Umgestaltung der Consulentengasse. Bei all diesen Bereichen stünde dieses Thema auf der Agenda, weswegen es wenig Sinn mache, einen eigenen Titel zu behalten.

Damit ist StR Kolesch einverstanden.

Nr. 42: Neubau Brücke Ulmer Straße
- Antrag der CDU -

StR Kolesch zeigt sich mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden. Warum erfolge eine Aufstockung der Haushaltsmittel auf 650.000,00 Euro, wenn man dies bei diesem Betrag sogar schon einmal eine Ausschreibung aufgehoben hätte. Bei einer Aufstockung auf diesen Wert könne er ja gar nicht mehr verworfen werden. Er habe deshalb erwartet, dass 400.000,00 Euro als Ansatz eingestellt würden.

Herr Rechmann entgegnet, mit der Drucksache Nr. 93/2014 diesen Punkt genau so formuliert zu haben, weshalb nun nur der Beschluss umgesetzt werde. Er gebe StR Kolesch im Prinzip recht, aber das Thema wurde so behandelt.

Auf Nachfrage StR Funks, wie lange die Brücke noch halte, schätzt Herr Rechmann die Dauer auf ein Jahr.

Nr. 43: Neugestaltung Schadenhof
- Antrag der SPD -

StRin Kübler ist es wichtig, dass der Schadenhof zu einem angenehmen Aufenthaltsort für Jung und Alt werde. Die bisherige Planung passe noch nicht so recht. Man wolle der Verwaltung Zeit lassen für gute Ergebnisse, da der Platz dauerhaft angenommen werden solle. Außerdem ist ihr die Bürgerbeteiligung wichtig.

Auch StRin Bopp hält den bisherigen Entwurf für keinen großen Wurf, gerade die Mauern wolle man nicht.

BM Kuhlmann entgegnet, das Büro werde demnächst zeigen, was es aus den Vorschlägen gemacht habe, im Weiteren werde sich die Verwaltung selbst wieder um dieses Thema kümmern.

Nr. 45: Ausbau Jordanbad – Ringschnait

- Antrag der CDU -

StR Kolesch erkundigt sich nach dem Verfahrensstand, seines Erachtens müsste die Baureife gegeben sein, es sei wichtig, die Straße endlich zu ertüchtigen.

StR Braig verweist auf den Beitrag der Stadt, mit diesem Geld schon für das Baugrundgutachten beigesteuert zu haben.

BM Kuhlmann teilt mit, das Gutachten läge auch vor, jedoch seien die Bodenverhältnisse sehr kompliziert, was zu Verzögerungen führe und Mehrkosten bedeute. Die Planung liege beim Land, bezahlt werde Maßnahme vom Bund man könne nur seitens der Verwaltung immer wieder beim Regierungspräsidium auf die Dringlichkeit hinweisen.

StR Deeng hält es für höchste Zeit, dass etwas getan werde, was beim Hochwasser Anfang August zum Ausdruck gekommen sei, so habe man im Bereich Reichenbach die Straße nur provisorisch instand gesetzt.

OB Zeidler ist klar, dass dieses Thema anders ausgemacht gewesen sei und man übe auch Druck auf das Regierungspräsidium aus. Der Handlungsspielraum sei jedoch begrenzt.

Nr. 46: Anschlüsse GE Flugplatz Nord

- Antrag der CDU -

StR Kolesch fragt nach, warum die Anschlüsse vom Land nicht aufgenommen worden seien, dies sei eine neue Erkenntnis und die Folgen müssten erläutert werden. Er weise auf die letzte Gewerbefläche der Stadt hin und man wolle bei diesem Thema früher informiert werden.

BM Kuhlmann teilt mit, die Anschlüsse seien beim Land schon immer umstritten gewesen, sie seien Bestandteil der städtebaulichen Rahmenplanung, nicht jedoch Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens. Man müsse nun die Anschlüsse über einen Bebauungsplan rechtlich sanktionieren.

StR Kolesch ist es wichtig, entsprechende Mittel für das Haushaltsjahr 2016 einzustellen.

BM Kuhlmann sieht dies gleich, man müsse aber das Verfahren abwarten.

Nr. 51: Weitere Fahrradabstellanlagen am Ärztehaus

- Antrag der Freien Wähler -

StRin Bopp hält dies für eine kleinere Maßnahme, die doch zügiger umgesetzt werden könne.

StRin Kübler verweist auf ihren Antrag unter Nummer 101 und bittet darum, bei der geplanten Erweiterung des Parkhauses am Ulmer Tor mit zu prüfen, ob dort überdachte Fahrradabstellplätze mit geplant werden könnten und regt Verhandlungen mit der e.wa riss an.

BM Kuhlmann entgegnet, das Thema sei sehr komplex und er verweise auf das Radwegekonzept. Dies solle abgewartet werden.

Damit sind beide Fraktionen einverstanden.

Nr. 55: Aufwertung der Wohnquartiere

- Antrag der Freien Wähler -

StR Heinkele ist es wichtig, die Planungsstudie „Stadtquartiere weiter denken“ auch auf andere Wohngebiete anzuwenden.

BM Kuhlmann teilt mit, bei der Hochvogelstraße handle es sich um ein Referenzprojekt, welches auch auf andere Wohngebiete, wie zum Beispiel Mittelberg, anwendbar sei. So habe man die Studie an mehrere Bauträger weitergegeben und es sei keine neue Untersuchung angedacht.

Nr. 71: Kleingartenkonzept

- Antrag der SPD -

StR Kolesch zeigt sich nachhaltig sauer und unzufrieden, dass bislang noch kein Kleingartenkonzept erstellt worden sei. Seit mehreren Jahren frage man nach, passiert sei bislang nichts.

OB Zeidler sieht bei den Kleingärten keine größeren Probleme, durch den Weggang des derzeitigen Amtsleiters habe man im zuständigen Amt andere Sorgen.

EBM Wersch liegen zwar Beschwerden von einzelnen Kleingärtnern vor, es handle sich aber eher um nachbarschaftliche Scharmützel.

StR Kolesch entgegnet, es bestünde eine Verunsicherung, wie es weitergehe. Es gebe Ängste von Gärtnern, dass ihre Plätze aufgelöst werden.

EBM Wersch kann diese Verunsicherung nicht erkennen, auf den Fall Hochvogelstraße angesprochen, hält er diesen für einen einzigen Sündenfall, was nicht mehr vorkomme.

StR Funk stellt in Frage, wie manche in dieser Stadt Politik machten und sieht darin kein vordringliches Thema.

StR Kolesch sieht es als Aufgabe des Gemeinderates an, Themen, die seit Jahren auf der Agenda stünden, aufzugreifen und vorzubringen.

OB Zeidler beschwichtigt, der Antrag werde zur Kenntnis genommen, jedoch habe man auch 2015 noch nicht die Power für die Konzepterstellung.

Nr. 74: Einbindung des Gigelbergparkplatzes in das städtische Parkangebot
- Antrag der Grünen -

StR Weber zeigt sich mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden.

StR Funk hält den Gigelberg für keinen guten Parkplatz während der Winterzeit.

StR Keil sieht darin einen sinnvollen Antrag, da schon jetzt die Flächen gut angenommen würden. Allerdings würden die Kiesflächen stark beansprucht. Vor der Inbetriebnahme als „offizieller Parkplatz“ müsse noch etwas passieren.

StR Heinkele glaubt, der Gigelberg werde auch ohne Parkleitsystem gut angenommen. Organisatorisch sei es auch aufgrund der Verteilung des Platzes schwierig, diesen in einem Parkleitsystem aufzunehmen. Das Baubetriebsamt räume sogar Flächen im Winter frei.

OB Zeidler bekräftigt, nach seiner Ansicht sei der Parkplatz schon gut eingebunden.

Damit sind die Grünen einverstanden.

Nr. 75: Sinnhaftigkeit einer Werbeanlagensatzung
- Antrag der SPD -

StR Keil sieht das Thema Werbung in der Gestaltungssatzung schon sehr ausführlich dargestellt.

BM Kuhlmann entgegnet, es handle sich hier um ein Missverständnis. Es gehe nicht um den Bereich der Innenstadt, sondern um die großflächigen Werbetafeln im gesamten Stadtgebiet. Diese wolle man künftig besser steuern können.

Damit hat sich der Antrag erledigt.

Nr. 78: Abfallbeseitigung
- Antrag der SPD -

StR Dr. Rahm sieht die derzeitigen Standorte sehr hoch frequentiert. Der Verkehr stauet sich oft zurück, außerdem seien die Plätze teilweise nicht befestigt. Es solle mehr der Dienstleistungsgedanke in den Vordergrund rücken.

StR Weber sieht darin eine Aufgabe des Landkreises und dabei aber Biberach auf einem guten Weg.

StR Braig verweist auf einen zweiten Platz in Rißegg.

OB Zeidler teilt mit, für dieses Thema sei die Stadt nicht zuständig, es habe aber aktuell ein Gespräch mit dem Landratsamt gegeben.

Herr Brugger informiert über ein am 03.12.2014 stattgefundenes Gespräch, bei dem neue Lösungen gesucht wurden. So solle eventuell der Standort Fünf Linden ganz aufgegeben werden. Man

sehe das Chaos in der Ulmer Straße, alternativ werde nach einem zweiten Standort im südlichen Stadtbereich gesucht. Eventuell gebe es auch extra Grüngutsammelstellen.

StR Keil fragt an, ob in Stafflangen und Rißegg noch Grüngutannahmen seien, was bejaht wurde.

Nr. 90: Bereitstellung einer städtischen Dachfläche für die Bürgerenergiegenossenschaft

- Antrag der CDU -

OB Zeidler teilt mit, dass zunächst eine Prüfung der Befangenheit erfolgen müsse, da Vorstandsmitglieder bei diesem Thema nicht mit beraten dürften. Nachdem kein Gemeinderatmitglied im Vorstand der Bürgerenergiegenossenschaft ist, besteht keine Befangenheit.

StR Kolesch fände es gut, wenn bereits 2015 Flächen zur Verfügung gestellt werden könnten, um den Schwung aus der ersten Sitzung mit zu nehmen. Er halte die Wilhelm-Leger-Halle für eine gute Idee.

Herr Walz entgegnet, es gebe hier rechtliche Probleme, da die Dachflächen gemeinsam mit der Realschule ausgeschrieben worden seien und die Firma Oberschwaben Solar immer noch das Recht habe, das Dach zu belegen. Die Miete dafür sei sehr teuer, zumal sich herausgestellt habe, dass das Dach von der Form her schwierig zu bestücken sei. Derzeit stünde man mit Herrn Schmid von der e.wa riss im Gespräch, es gebe noch keine Lösung.

StR Kolesch bittet darum, im Falle eines möglichen Projektes zügig auf die Genossenschaft zuzugehen.

Nr. 91: Schulentwicklung

- Antrag der CDU -

StR Kolesch erkundigt sich nach der Kostenberechnung für die Pflugschule, weil die Sanierungskosten von 2,4 Millionen Euro auf 6,3 Millionen steigen würden. Hier hätte man sich eine frühzeitigere Information gewünscht.

Herr Kopf informiert, bei der Kostenberechnung 2004 seien nur die Toiletten und die Außensanierung angesetzt worden. Der Aufzug sei nicht verwirklicht worden. Bereits 2008/2009 habe man auf die Verschlechterung der technischen Anlagen hingewiesen und es gebe auch deutlich mehr Sanierungsbedarf. Hinzu kämen die Baupreissteigerungen. Man habe nun den Sanierungsbedarf wegen eines Förderantrages neu berechnet ohne Berücksichtigung der schulischen Entwicklung, lediglich die Kosten für eine reine Gebäudesanierung.

StR Kolesch erwartet eine Informationsvorlage, wenn sich Zahlen so änderten. Dieser Punkt sei eventuell auch für das Schulkonzept selbst wichtig und er bitte um mehr Transparenz.

StR Funk ist eine Kostenfortschreibung sehr wichtig.

Nr. 99: Machbarkeit in der Zone 30 in der Bleicherstraße

- Antrag der SPD -

StR Keil teilt mit, wenn es eine Verwaltungszusage gebe, dass diesem Bereich ein besonderes Augenmerk gegeben werde, sei für ihn die Stellungnahme der Verwaltung in Ordnung.

Nr. 107: Park and Ride am Bahnhof

- Antrag der CDU -

StR Kolesch betont die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer Gesamtkonzeption für den Bahnhofsbereich.

BM Kuhlmann verweist auf die Komplexität des Themas, weil es aufgrund der beengten Situation sehr schwierig sei, eine Lösung zu finden. Er hoffe, dass sich bei den Flächen noch etwas tue.

StR Kolesch hält einen Flächenerwerb für den ersten Schritt.

Nr. 111: Grundgedanken zukünftigen Bauens in Biberach

- Antrag der CDU -

StR Kolesch hält es für wichtig, eine Standarddiskussion zu führen, wie zum Beispiel die WG-Sanierung gezeigt habe, des Weiteren müssten Raumprogramme kritisch hinterfragt und gegebenenfalls Entscheidungen überdacht werden. In den Prozess müsse mehr Qualität eingebracht werden. Außerdem sei eine frühere Information seitens der Verwaltung notwendig und eine frühe Mitnahme der Bürger. Bis heute habe er keine Antwort auf die Frage, warum Ulm einen Kindergarten mit 500.000,00 Euro pro Gruppe und Biberach 1,2 Millionen Euro aufwende.

Beim Jugendhaus sei die Information nicht gut gelaufen, hier gebe es kein Zurück, weil die Erwartungshaltungen geweckt worden seien.

OB Zeidler hält den Wunsch nach möglichst frühzeitiger Beteiligung für kritisch, da es ein schmaler Grat sei. Je früher man den Bürger beteilige, desto mehr Erwartungen könnten geschürt werden, die dann nur schwer oder gar nicht erfüllt werden können.

StR Keil sieht als künftige Aufgabe, sich mehr umzuschauen, um eine Vergleichbarkeit von Kosten zu erreichen. Wichtig sei bei der Standarddiskussion, damit keine mangelhaften Bauten zu fordern, sondern eine dauerhafte, wertbeständige und solide Bauweise zu erhalten. Es sei ein Spagat den man sich werde leisten müssen.

StRin Bopp hält ebenso wie die CDU eine frühere Mitnahme für notwendig, ebenso aber eine Diskussion darüber, welche Programmflächen wirklich benötigt werden. Man müsse ein Signal senden, dass sich die Stadt Biberach nicht mehr alles leisten wolle und könne.

OB Zeidler verweist darauf, dass die Verwaltung gerade genau prüfe, was zum Beispiel in Ulm bei den Kindergärten angesetzt wurde.

Die Bürgerbeteiligung zwicke sich manchmal auch mit der Gemeinderatsbeteiligung. Es sei für die Verwaltung nicht immer einfach, hier den richtigen Weg zu finden.

StR Funk stört sich daran, dass alle, was die Kosten anbelange, so überrascht täten. Es sei kein Geheimnis, dass mehr Flächen auch mehr Geld kosteten. Das Instrument der mittelfristigen Finanzplanung reiche zur Kostenüberwachung nicht aus, hier sei dringend eine Fortschreibung der Kosten notwendig. Es müssten Vergleiche geführt werden, eine saubere Planung vorgenommen und zum Beispiel bei Kindergärten ein gleiches Modell für die Gesamtstadt angewandt werden.

BM Kuhlmann kündigt für Januar eine Vorlage zu den Kindergärten an und bittet darum, nur vergleichbare Projekte gegenüber zu stellen. Man könne nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Für die Verwaltung sei die Frage der Wirtschaftlichkeit schon immer ein Thema gewesen. Er nehme aus der Diskussion mit, dass Programmflächen früher überprüft werden müssten und eine Definition und Verifizierung erforderlich sei.

StR Kolesch verweist auf die Flächendiskussion für den Kindergarten Rißegg, wo von der Verwaltung der Bedarf so transportiert worden sei. Es sei zwar wichtig, den Nutzer einzubeziehen, dennoch müsse seitens der Verwaltung eine kritische Prüfung stattfinden, da der Gemeinderat von der Aussage der Verwaltung abhängig sei.

Natürlich berge eine frühe Bürgerbeteiligung das Risiko, dass Wünsche geweckt würden, man müsse das Thema Kosten entsprechend formulieren und der Bürger über Deckelungen informiert werden.

OB Zeidler verweist wegen der Kostensteigerungen auf die viel beachtete Vorlage von Herrn Kopf, in der ausführlich auf die Gründe eingegangen wurde. Wenn aber externe Verhandlungspartner am Tisch säßen, werde es oft schwierig.

StR Braig hält es für notwendig, zunächst die Programmflächen zu definieren. Er habe Sorge, dass künftig Einheitsbauten entstünden, der Architekturanspruch solle bestehen bleiben.

StR Heinkele sieht die Stadt auf dem richtigen Weg, wobei die Folgekosten beachtet werden müssten.

Danach stellt OB Zeidler die Gesamtliste zur Abstimmung.

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss einstimmig, dem Gemeinderat zu empfehlen, den Haushaltsplanentwurf 2015 anzunehmen und zu beschließen.

Bauausschuss, 04.12.2014, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Zeidler

Stadtrat: Brenner

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Hoch

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann